

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Feiertage und während der Winterferien...

Inserate kosten bis Abends 10 Uhr...

Die Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 30. Januar 1919

Nummer 52

Ein neuer Reichsverfassungsentwurf.

Die provisorische Reichsverfassung.

Um den Anklagen, die auf unkontrollierbarem Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen...

Der Entwurf lautet:

§ 1. Die vorläufige deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf der Zustimmung des Reichsausschusses...

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Reichsausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen...

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet, es kann jedoch der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung vorbehalten.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 28, 26 bis 28, der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt...

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt...

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium...

§ 9. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt...

§ 10. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium...

§ 11. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt...

§ 12. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium...

§ 13. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt...

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer amtlichen Führung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 14. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister...

§ 15. Jämmerlich die Form und jämmerlich der Inhalt. Zuerst werden über die Beratungen alle möglichen Einzelheiten an die Zeitungen veröffentlicht...

§ 16. Preisgegeben ist der Gedanke der deutschen Einheit, und dem Partikularismus sind große Augenblicke gemacht. Die Regierung hat uns unaufhörlich verhöhnt...

§ 17. In Widerspruch mit der Demokratie steht die Einrichtung des Zweikammersystems. Der Regierung hat es gar nicht genügt, eine zweite Kammer in der endgültigen Verfassung vorzusehen...

§ 18. Dabei erfahren wir nicht einmal, wie der Staaten-Ausschuss zusammengesetzt wird. Ernennen die Regierungen seine Mitglieder und müssen diese in dem wiedererstandenen Bundesrat nun einheitlich stimmen...

§ 19. Ueberflüssig ist auch in der provisorischen Verfassung der Reichspräsident, den die Nationalversammlung aus ihrer Mitte zu wählen hat...

§ 20. So hat denn diese Regierung auf dem demokratischen Gebiet nicht minder versagt als auf dem sozialistischen.

Ausfahrt der Schiffe nach Amerika gesichert.

Berlin, 29. Januar. Der Zentralverein der Reederei teilt mit, daß heute in eingehenden Beratungen zwischen der Vertretung der Deutschen Reedereien und den Vertretern sämtlicher seemannischer Berufsverbände eine Einigung über die Lohnfrage erzielt worden ist...

Franz Mehring.

Von Heinrich Ströbel.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ist Franz Mehring im Sanatorium einer Lungenentzündung erlegen. Vier Wochen vor dem vollendeten dreißigsten Lebensjahre...

Franz Mehring ist, gleich so manchem andern, ein Opfer des deutschen Belagerungsstandes geworden. Bis zu seiner Anhaftung erlebte er sich einer leidlichen Gesundheit...

Der Mehring war und was er der deutschen Sozialdemokratie und dem internationalen Sozialismus bedeutete, braucht den Anhängern der unabhängigen Sozialdemokratie nicht erst gesagt zu werden...

Am 27. Februar wurde Franz Mehring 70 Jahre alt. Mehring galt bis zum Kriegsausbruch in der Partei ganz allgemein neben Kautsky als der bedeutendste lebende Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie...

Dies ehrende Faktum hätte der Chronist gern gebucht — aber er muß leider etwas ganz anderes schreiben. Denn von einer allgemeinen Ehrung des dreißigjährigen Kämpfers kann gar keine Rede sein...



mit höchst dürftigen Artikeln oder Notizen, und die Anerkennung für die gewaltigen Leistungen des Siebzigerjahres war eine überaus frohliche. Der Mann, der durch die Partei geht, hatte auch hier weit und mühsam gearbeitet. Wenn sich's nur um einen verdienten Praktiker, einen tüchtigen Organistoren gehandelt hätte, würde man noch mit schmerzlicher Miene auch dem in andern Lager stehenden Betrachter den Mann schloffen haben. Hier aber handelte sich um den Vorkämpfer einer Weltanschauung, der man sich in den verflochtenen 14 Jahren innerlich völlig entscheidet hatte, und da wollten auch die stereotypen Sittlichkeitsfloskeln nicht einmal mehr über die Lippe. Für Mehring ist's ja nur ehrenvoll, daß er keine laute Waise aufkommen läßt, daß seine literarische und politische Persönlichkeit nur Neigung oder Abneigung einflößt; aber daß seine Gegner nicht einmal seinem starken Können die gebührende Reverenz erweisen, ist kein Ehrenblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Daß der Parteivorstand und die erlauchten Instanzen völlig achlos an dem Tag vorübergingen, während sie jedem Parteimitglied von unvergleichlich bedeutenderen Verdiensten die dekorativsten Ehrungen zu herleiten pflegen, hat allerdings nicht das geringste Erstaunen bei uns erregt. Wunderlich hätte es uns vielmehr berührt, wenn es anders gewesen wäre. Was hat auch diese Parteivorstands- und Instanzenmehrheit mit der sozialistischen Weltanschauung zu tun? Wer hätte von ihr eine Wertung wissenschaftlicher Qualitäten, geistiger Leistungen erwartet! Ein gratifizierender Scheidemann oder Ebert im Hause Mehrings hätte sich wie eine Paraphrase angenommen. Der Gehob des „einfachen Arbeiters“ Scheidemann, als den sich dieser platteste aller Demagogen in seiner Controverse mit Rosa Luxemburg auf dem Tauer Parteitag dem proletarischen Barock vorstellte, paßt viel besser in das Vorgimmer eines Ministeriums.

Mehring konnte auch die banalen Ehrungen des Parteiphilisteriums um so eher missen, als sich ein kleiner Kreis aufwichtiger Verehrer um ihn geschart hatte, deren mündliche und schriftliche Glückwünsche mannschafts-ehelicher und leidenschaftlicher Weisheitsgemeinschaft entlocken. Ihnen war es eine innerste Vergnügung, den alten Sandregen nach Wölbung einer so langen, steinigen Lebensstrecke noch so voll unverwundlicher Kampfesfreude vor sich zu sehen. Und wenn es nach Jahren gibt, auch dies Stück kampfdurchwühlter Partei- und Weltgeschichte mit ewerlichen Strichen und Krongelosem Wirklichkeitsinn zu schildern, möge der Partei dann diese ihre beste Feder nicht fehlen!

Daß Mehring bei aller spröden Herbitz seines Lebens eine immerhin so statische Kraft leidenschaftlicher Verehrer um sich zu scharen vermocht hat — Jünger und Schüler, die seine offizielle Verfeinerung nur um so enger an ihn angeklammert hat — liegt an der zeitigen Potenz dieses eigenartigen Mannes. Er ist bei aller Lebensveränderlichkeit doch der edelste Nachfahre der geistigen Väter des Sozialismus, der Bakunin, der Marx und Engels. Bakunin ist sicherlich ein stärkerer Rationalist, ein gründlicherer Wirtschaftskennner. Heinrich Cunow ist ihm an kulturhistorischen Spezialwissen sicherlich weit überlegen. Auch gibt es unter den Vertretern der internationalen Sozialdemokratie zweifellos Philosophen, die ihn an tiefstem Größelinn in den Schatten stellen. Aber Mehring ist von allen weitaus der unüberwundene Kopf, ist Philosoph, Ökonom, Historiker und Philologe in wundervoller Vereinigung. Er ist so der personalisierte Träger der besten und stolzesten Ueberlieferungen des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo man seine Schriften ausblättert: überall begegnet man vielseitiger Anregung und Belehrung, hört man auf eine interessante und bedeutende Persönlichkeit. Auf einen seinen, künstlerisch abgestimmten Geist, der auch den sprödesten Gegenstand in eine künstlerische, geradezu klassisch anmutende Form zu gießen versteht. Man braucht keineswegs in jedem Punkt auf ihn zu schwören, weder als Ökonomen, noch Philosophen, noch Reichthümer — aber den Rest vor ihm wird man nicht los. Er ist und bleibt ein ganzer Mann, ein Mensch von Distinktion, eine Nummer unter soviel Arien.

Und diesen Mann behandelte die „Reinheit“, behandelte die „Instanzen“ als erledigten Mitteilhaber, als ausrangierten Parteifarrenant.

Die haben sich damit nur selbst anstranert und er-

Seider hat der Wunsch, den wir vor drei Jahren niederschrieben, nicht in Erfüllung gehen sollen. Die Geschichte des deutschen Kriegssozialismus wird nicht mehr durch Mehrings Feder aufgezeichnet werden, als abschreckendes Beispiel für spätere Geschlechter! Auch in den revolutionären Kämpfen dieser Zeit wird Mehrings plastische Darstellungsgabe schmerzhaft vermisst werden, als Ziel, wie man sich in jedem Einzelfall zu diesen Auffassungen anstellt hätte.

Aber wir wollen nicht beklagen, was uns das Schicksal verlor hat, sondern die gewaltigen Leistungen nützen, mit denen er uns beenden durfte. Dieß doch in Mehrings Arbeiten eine gewaltige Summe theoretischer Aufklärungsarbeit und geschichtsmaterialistischer Aufhellung beidseitig. Seine Marxbiographie und seine Einleitungen und Kommentare zu den noch ungeschlossenen Schriften von Marx und Engels schätzen zu dem Allerwertvollsten, was die marxistische Literatur bislang hervorgebracht hat. Unverkennen werden auch seine literarisch-ästhetischen Arbeiten sein, unter denen seine Reisschrift über Schiller einen besonders hohen Rang einnimmt. Und unter seinen historischen Schriften hat namentlich seine drachvolle Lesing-Levende seit Jahrzehnten gerade in den geistig anspruchsvolleren Kreisen des Proletariats und der sozialistischen Intellektuellen eine besondere Werbekraft für die Weltanschauung des Sozialismus ausgeübt.

Selbst das Mächtige Renegatentum auchsozialistischer Theoretiker während der Kriegsjahre und die feige Kompromißpolitik der Parteibürokratie die erste und größte Rebellion breiter Proletariatsmassen gegen die Instanzenpolitik auslöste, ist unter den revolutionären Elementen der Arbeiterklasse die Theorie in Mitleid gerieten. Nicht nur die falsche Theorie, die Theorie der Renegaten und Umkehrer, sondern die Theorie der Schlichter. Es lezt sich das psychologisch begreifen läßt, so bedauerlich ist das gleichwohl, ja geradezu verhängnisvoll hätte das für die Revolution und den Sozialismus werden. Denn ohne den tiefen Einblick in die menschlichen Erlebnisfälle, die sozialen Nachwirkungen und die historischen Zusammenhänge, die nur der Theoretiker besitzt und besitzen kann, läßt sich nicht einmal erfolgreich die

verhängnisvolle Tagespolitik betreiben, geschweige denn die gewaltige soziale Revolution durchführen, die die Weltgeschichte bisher erlebt hat. Diesen Rest vor der Theorie, dessen Notwendigkeit nur die Verblendung politischer Neulinge oder die Annahme wirrer Demagogen zu leugnen vermag, predigen geradezu die Schriften Franz Mehrings. Gerade die unvergänglichen dieser Schriften sind Schuldingungen vor dem Geiste jener Männer, die er als die Führer und Vorkämpfer weiser aufsteigender Klassen charakterisiert, vor Lissin und Karl Marx.

Wäre deshalb auch das Proletariat aus den Schriften Mehrings lernen, daß Zweierlei sich vereinigen muß, wenn große historische Aufgaben gelöst werden sollen: revolutionäre Energie und ein Höchstmaß von politischer und sozialer Einsicht!

Die Militarisierung Berlins.

Berlin, 20. Januar. In einer der letzten Sitzungen des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte war ein Antrag Weis' angenommen worden, der die Reichsregierung auffordert, sich vor einer Versammlung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte wegen der Vorgänge während der Krawallwoche zu verantworten. Die Reichsregierung hat es abgelehnt dieser Anforderung Folge zu geben. Sie sandte dem Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte das nachstehende Schreiben:

Auf Ihr Schreiben vom 20. Januar teilen wir Ihnen mit, daß die der Einladung zu der am 21. Januar festgesetzten Versammlung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins, sowie der in dem dem Zweigverband Groß-Berlin angeschlossenen Kommunen gewählten Arbeiterräte zu unserem Bedauern nicht folgen können. Nach dem Beschluß des Nationalkongresses sind wir für unsere Tätigkeit örtlichen A- und S-Räten nicht verantwortlich. Der Kongreß hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Zentralrat übertragen, in dessen Einsichtnahme wir bei den Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir den Aufforderungen örtlicher A- und S-Räte zu mündlicher Berichterstattung nicht entsprechen. Ein solches Verfahren wäre auch praktisch unbrauchbar, denn mit dem gleichen Recht wie Berlin könnten auch andere Orte und zu mündlicher Berichterstattung auffordern. Dazu kommt, daß wir in den folgenden Tagen mit unaufschiebbaren Vorbereitungen für die Nationalversammlung voll in Anspruch genommen sind. Wir sind deshalb gezwungen, uns zu der ausgenannten Sitzung schriftlich, wie folgt, zu erklären: Vorweg ist zu dem Antrag Weis' zu bemerken, daß eine „Militarisierung“, was wohl heißen soll, eine dauernde militärische Besetzung Berlins, nie beabsichtigt war, und daß eine solche auch nicht besteht. Die Heranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat angeordnet worden, damit die ungeschützte öffentliche Sicherheit in Berlin wiederhergestellt werde. Das lag nicht nur im Interesse der Berliner Bevölkerung, sondern war auch durch das Reichsinteresse unbedingt geboten. Daher sind auch die Kosten für die militärischen Maßnahmen auf die Reichskasse übernommen worden. Die Verpflegung der Truppen erfolgt, wie es bei allen mobilen Formationen üblich ist, nach dem die Wägen in Berlin beendet sind und leibliche öffentliche Sicherheit wieder eingetreten ist, wurden auch die Truppen zum weitaus größten Teil aus Berlin zurückgezogen.

Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann.

Und erscheint diese Antwort durchaus ungenügend zu sein. Sie geht völlig an der Tatsache vorbei, daß auch heute noch erhebliche Truppenmassen, besonders sogenannte Freiwilligenregimenter, in Berlin bestehen und eine dauernde Gefahr für die Revolution darstellen.

Die royalistische Agitation im Großen Hauptquartier.

Unsere Nachricht über die Kaisergeburtstagsfeier im Großen Hauptquartier wird offenbar unangenehm empfunden und also — dementiert. Die „Allg. Deutsche Zeitung“ behauptet, zu wissen, daß es keine Geburtstagsfeier für den Kaiser, sondern eine Abschiedsfeier für einige Offiziere war. So also joll's die Öffentlichkeit lesen. Natürlich weiß die Allertweltsozialiste gar nichts. In der Tat handelte es sich um eine Kaiserfeier, und der Enthusiasmus wurde in verschiedenen Reden geäußert.

Und laut diese Nachricht übrigens nicht besonders Neues, denn wir kennen den Geist, der im Lager Olindeburgs herrscht. Dafür nur ein Beispiel:

Im großen Saale des Generalsstabesgebäudes fand am 24. Dezember abends eine Weihnachtssfeier für die Offiziere und Mannschaften des Großen Hauptquartiers statt. Die Festrede hielt Herr Konfessionalsrat Trevis. Aus seiner Rede geben wir folgende Stelle wieder:

Werdneten Dergens wird vielleicht mander von Euch an frühere Weihnachten im Reide denken, wie Ihr Euch da schartet um unsern Kaiser und König und wie Ihr ihn anbetet, ihn und seine Gemahlin und sein ganzes Haus, und wie Ihr dachtet, was an Segen im Laufe von 500 Jahren von den Hohenzollern in unser Land gekommen ist. Bist und auch von hier, wie vorhin in der Garnison, fahre, im Geiste zu ihm hinübergehen, zu dem unglücklichen Mann, von dem wir lesen, daß er und seine Gemahlin schwer leidend sind. Er hat und des Eides entbunden, aber in unsern Dergens bleibt doch die alte Treue, und es wird niemand in unserm ganzen deutschen Volk von uns verlangen, daß wir charakterlos würden, daß wir unsere innere Ueberzeugung, die wir jahraus, jahrein im Dergens getragen, von uns ablegen sollten, wie ein altes Kleid, das man leicht ablegt. Es wird niemand von uns im deutschen Volke sein, der uns das und vor Gott verächtlich sehen will. Ja, je mehr wir den unglücklichen Mann leiden sehen, um so eher dachten wir es uns; denn jeder Lebende und Unglückliche ist doch vor Gott und feinfühliges Menschen ein Gegenstand der Ueberleitung, ist etwas Heiliges.

Die Rede wurde später gedruckt und unter die Mannschaften, und zwar kurze Zeit vor den Nationalwahlen verteilt. Das ist der Geist, der im Großen Hauptquartier herrscht.

Bei der Gelegenheit wollen wir noch das pikante Detail mitteilen, daß im Wahllokal Hindenburgs, wo fast ausschließlich die Offiziere und Mannschaften des Hauptquartiers wählten, bei den Nationalwahlen 4 Stimmen für die U. S. P. abgegeben wurden, bei den Kreiswahlen waren sie auf 11 Stimmen gestiegen.

Sie drohen mit der Gegenrevolution!

Den wiedererschenden Militaristen aller Grade schwillt gewaltig der Haum. In der Offiziersversammlung in der Berliner Philharmonie, von der wir gestern Stichproben gegeben haben, gibt jetzt der „Volksanzeiger“ an der Spitze seiner gestrigen Abendausgabe unter der Ueberschrift „Am Rande der Geduld“ folgendes Signal:

Aber jetzt müssen auch wir sagen, daß die Bewegung kaum noch aufzuhalten sein wird, nachdem die Regierung — die stuchbeladene Regierung, darf man wohl sagen — in jeder, aber auch in jeder Beziehung versagt hat. Die Lage unseres Vaterlandes verichlummert sich mit jedem Tage, so daß jetzt in den Reihen der Sozialdemokratie schon das Grauen herrscht. Die Revolution kann nicht regieren, und das Bürgertum mit allen seinen haalterhaltenden Kräften soll nicht nur noch vor der Regierung ausgeschlossen bleiben, sondern fort und fort auch noch an seiner Ehre gekränkt werden. Das sind so unvollbare Zustände, daß die bekannte Redensart von dem kleinsten Nebel nachherade jeden Zufall verloren hat. Die Regierung soll sich nicht wundern, wenn nach dieser Erkenntnis nunmehr auch allgemein gehandelt wird.

Das ist die ganz unverblühte Drohung der Militärpartei mit der Gegenrevolution.

So soll ihr grüßen!

In der „Königlichen Rundschau“ gab neulich ein Hauptmann seinem Schmerz über den mangelnden Kadavergehoram Ausdruck und stellt unseren Soldaten als Muster das Verhalten markter Kriegsgelassenen in Deutschland hin, die angeblich bisweilen noch heute bei der Begegnung mit Offizieren den Bürgerkrieg verlassen und auf dem Strohdamm stramme Ehrenbezeugungen machen. Es soll nämlich nach solche Kränze geben. Die haben es gewiß durch strengste Strafanordnungen in den von uns unter Ludendorff seinerzeit beziehten Gebieten Belgien und Nordfrankreich so gelernt und glauben leider im Deutschland Kaiser weiter dazu gezwungen zu sein. Und den gegen jede Forderung der militärischen Jensein rebellierenden Offizieren scheint ein derart slavisch unterwürdiges Verhalten, das uns den Spott und die Verachtung der ganzen Welt eingetragen hat, auch für deutsche Soldaten müßiggütig und erstrebenswert. Nach der Revolution!

Das Ende eines sinnlosen Putsches.

Wolffs Telegraphenbureau gibt von dem Putsch in Wilhelmshaven noch folgende Darstellung:

Die Kommunisten kamen am Montag morgen hier an und besetzten die öffentlichen Gebäude, u. a. die Reichsbank, wo sie unter Gewaltandrohung 40 000 Mark erprehten. Bei den Verhandlungen zwischen den Kommunisten und dem Arbeiter- und Soldatenrat verlangte letzterer die Herausgabe des entwendeten Geldes. Die Kommunisten gaben jedoch die Beute nicht zurück, raubten vielmehr noch eine Million Mark aus der Reichsbank. Das geraubte Geld wurde zum Hauptquartier der Spartakisten, der „Tausend-Mann-Kaserne“ gebracht. Bei nochmaligen Verhandlungen wurde verabredet, daß das Geld bis 7 Uhr abends zur Reichsbank zurückgebracht werden sollte. Als um 7 Uhr ein mit Soldaten besetztes Automobil vor der Kaserne ankam, um das Geld zu holen, wurde es von den Spartakisten, die sich weigerten, das Geld herauszugeben, mit Schüssen empfangen. Infolgedessen wurden von der Besatzung des Autos Berufs-soldaten zu Hilfe gerufen, die nunmehr mit der Belagerung der „Tausend-Mann-Kaserne“ begannen. Es wurden Maschinen-gewehre und kleinere Schiffsgechäße herangeschafft; gegen 9 Uhr begann ein regelrechtes Geschütz, das bis gegen 2 Uhr nachts dauerte. Gegen 10 Uhr abends trat eine Kampfpause ein, weil die Spartakisten sich bereit erklärt hatten, das Geld herauszugeben. Es wurde dann der Reichsbank zurückgebracht, jedoch nicht der vollständige Betrag, da ein Teil bereits unter die Spartakisten verteilt worden war. Um 2 Uhr nachts erklärten die Spartakisten sich zur bedingungslosen Uebergabe bereit. 500 Mann wurden sofort in Haft genommen. Bei dem Kampf wurden im ganzen sieben Personen getötet, darunter zwei Spartakisten und zwei Berufssoldaten.

Es wurden etwa 30 Personen verwundet. Außerdem wurde gegen 7 Uhr abends ein Arbeiter, der an der Weichstraße Posten stand, von einem Berufssoldaten erschossen, wodurch eine Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werkarbeitern hervorgerufen wurde. Heute am 20. haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten morgens den Dienst wieder aufgenommen. Der geistige Abend und die Nacht verliefen bis auf einzelne Schüsse im allgemeinen ruhig. Zwischen den Beteiligten ist ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen worden, wonach die Beteiligten (Arbeiter- und Soldatenrat, die Kommunisten und die Arbeiter und Berufssoldaten) sich verpflichteten, Ruhe und Ordnung zu halten. Dieses Abkommen ist gestern durch den Einundzwanzigertag in einem Aufruf an die Bevölkerung veröffentlicht worden, der zur Verbildung dienen soll. Augenblicklich befinden sich noch im Ausstand die städtischen Beamten in Mützingen und Wilhelmshaven, die eine besondere Forderung haben, nämlich die Verdringung einer Bürgerwehr zum Schutze gegen gewalttätige Angriffe auf das Eigentum der Wägen. Dieser Schutze scheint ihnen nicht genügend gewährleistet zu sein durch den jetzigen Dienst des Sicherheitswesens, der sowohl die zweimalige Verdringung der Reichsbank, als auch die Verdringung des „Wilhelmshavener Tagesblattes“ nicht zu verhindern vermocht hat. Die Bildung einer Bürgerwehr soll heute erfolgen.

Das endgültige Wahlergebnis.

Das Endresultat aus den Wahlen zur breuchlichen Landesversammlung liegt noch nicht amtlich bekannt. Lediglich das Ergebnis aus dem 8. Wahlkreis Posen mit 21 Mandaten ist bekannt. Von den 401 Mandaten entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 142, die Christliche Volkspartei 87, die Deutsche Demokratische Partei 61, die Deutschnationale Volkspartei 41, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 21 und die Deutsche Volkspartei 18 Mandate. Außerdem haben erhalten die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokraten im 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein 1 Sitz, die Welsen im 15. Wahlkreis Aurich, Stede, Osnabrück 2 und im 16. Wahlkreis Hannover, Gildesheim, Lüneburg 4 Sitze. Die 21 Sitze der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verteilen sich auf folgende Wahlkreise: Berlin 8 Sitze, Potsdam 1-2, Posen 10, Oppeln 2, Westfalen 2, Erfurt 2, Arnberg 1, Düsseldorf 1-2.

Die sozialistische Mehrheit in Leipzig.

Als erste deutsche Großstadt verzeichnet Leipzig eine sozialistische Mehrheit im Stadtparlament. Bei den Wahlen am Sonntag hat die unabhängige Sozialdemokratie von 73 Mandaten 33 erhalten und die Rechtssozialisten 6. Beide Parteien verfügten also über die Mehrheit. Ob aber beide Gruppen dauernd gemeinsam die Mehrheit bilden werden, ist leider bei der Haltung der Rechtssozialisten in Leipzig sehr zweifelhaft. So drücken jetzt schon die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Hoffnung aus, daß die unabhängige Sozialdemokratie allein bestehen werde, da die Vorkämpfer mit den Rechtssozialisten ein gut Stück Weges werden gemeinsam zurücklegen können und müssen.

Von besonderer Bedeutung ist der Verzicht der abgegangenen Stimmen mit dem Ergebnis der Nationalwahl. Der Anteil der unabhängigen Sozialdemokratie stieg von 42 auf 46 v. H., der der Rechtssozialisten fiel von 17 auf 8 v. H. Dieses Ergebnis zeigt, wie beherrschend der Einfluß der unabhängigen Sozialdemokratie in der Stadt Leipzig ist.

Die Wahlen in Hessen.

Darmstadt, 20. Januar. Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Unabhängige Sozialisten 1 Sitz, Sozialdemokraten 31 Sitze, Demokratische Partei 18 Sitze, Zentrum 18 Sitze, Deutsche Volkspartei 7 Sitze, Hessische Volkspartei 6 Sitze.

Die Verschiebung des Parteitages.

Von den sächsischen Parteigenossen war bei der Zentralleitung vor U. S. P. beantragt worden, den Parteitag nicht vor dem 3. Februar stattfinden zu lassen. Sie gingen dabei von der Auffassung aus, daß man den Parteigenossen im Laube Gelegenheit geben müsse, sich über die Parteiverhältnisse gründlich auszusprechen und die Delegierten zu bestimmen, besonders da zu der Aussprache unter dem Belagerungsstand keine Gelegenheit war. Auch finden in Sachsen am 2. Februar Wahlen statt. Die sächsischen Genossen erklärten deshalb, daß am Parteitag am 2. Februar nicht teilnehmen zu können. Da dieser Standpunkt auch von den Genossen in Württemberg und Bayern unterstützt wurde, hat sich die Parteileitung veranlaßt gesehen, ihn stattzugeben und den Parteitag zu verschieben.

Wie verhalten uns nicht, daß diese Verschiebung des Parteitages gewisse Nachteile hat. Wir müssen aber andererseits anerkennen, daß die gründlichere Diskussion kritischer Fragen in der Presse und in den Organisationen sowie die Wahl der Delegierten auf breiter demokratischer Basis wesentliche Vorteile bieten und die Arbeit des Parteitages fruchtbringender für unsere gesamte Politik gestalten dürften.

Bera für die Einigung.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für K u z j. L. (U. S. P. T.) hat am Sonntag, den 20. Januar, nach eingehender Diskussion folgende Entschlüsse angenommen: Wir fordern kräftig die Vereinigung aller sozialistischen Parteien Deutschlands zu einer Partei.

Die Generalversammlungen müssen sich sofort über die Einberufung eines sozialistischen Einigungsausschusses verständigen. Alle sozialistischen Vereinigungen Deutschlands, die sich offen zum Sozialistenprogramm bekennen, haben das Recht, sich nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl zu beteiligen.

Anderer Vorbedingung für das Zustandekommen oder die Beteiligung an diesem Kongreß dürfen nicht gestellt werden. Die Reichliche Tribune hat diesen Beschluß in ihrer nächsten Nummer an erster Stelle zu bringen und daran anschließend die Parteigenossen im Reich aufzufordern, diesem Einigungsausschuss im obigen Sinne sich anzuschließen.

Forderungen der ungarischen Arbeiter.

Budapest, 20. Januar. (Mitteilung des Ungarischen Teleg.-Bureaus.) Der Arbeiterrat hielt Dienstagabend eine Sitzung ab, in welcher folgender Antrag mit allen gegen dreizehn Stimmen angenommen wurde:

1. Die Anhänger der Kommunistenpartei werden aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und wenn sie die Ordnung hören, auch aus den Gewerkschaften. Dem Arbeiterrat können sie nicht angehören.

2. Die Regierung möge mit den energichsten Mitteln gegenrevolutionäre Bestrebungen entgegenzutreten und die Führer der Gegenrevolution und alle Schädlichen des alten Systems mit unerbittlicher Schonungslosigkeit vor Gericht stellen.

3. Die Regierung möge auch den Preissteuern, Kettenhändlern und Warenversteckern gegenüber die schonungslosesten Mittel in Anwendung bringen.

Die Entente und die internationale Konferenz in Bern.

Wie wir der „Berliner Tagwacht“ entnehmen, haben die Entente-Mächte beabsichtigt, zu der internationalen Konferenz hier Delegierte mit dem Titel Leutnant zuzulassen. Besonders heftig zeigt sich das in dem Fall des Genossen Friedrich Adler, dem zuerst der Eingangspass nach der Schweiz verweigert wurde. Aber auch linksprechende französische Genossen konnten bisher nicht nach Bern gelangen. Wegen dieses Verhalten hat die Schweizer Partei Stellung genommen und ihren Vorstellungen gelang es, den Eingangspass für Friedrich Adler zu erhalten.

Politische Nachrichten.

...als Nichtteilnahme. Von der Zeitung der Marine-Division, Depot 16, geht eine Erklärung zu, in der festgestellt wird, daß der Häupter-Ausschuß der Republikanischen Soldatenwehr, dem die Marine-Division angegliedert ist, ein Verbot der Bestellung einer Ehrenkompanie zur Meerelavna Doblmedts erlassen habe. Wahr sei vielmehr, daß es einem Leben freigegeben war, an der Meerelavna teilzunehmen. Die Zeitung der Marine-Division aber war der Ansicht, daß dies eine persönliche Angelegenheit jedes einzelnen sei. Die Zeitung der Marine-Division erklärt, daß die in unserer Monographien gedruckte Mitteilung über das Verbot einer Ehrenkompanie mit dem Zweck verfaßt wurde, zwischen der Marine-Division, Depot 16 und den andern Depots der Soldatenwehr Zwiespalt zu werfen. Und was die Mitteilung, wie wir ausdrücklich hervorheben, von Mannschaften der Marine-Division gemacht werden. Eine Anzahl der Marine-Division irgendwelche Schmeicheleien zu verteilen, lag uns fern.

Unentgeltliche Lehrmittel und Schulgebühren. Der Reichstag in Frankfurt a. M. hat zwei Anträge der Schulbehörde zugestimmt, die sich auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Volksschulen und Fortbildungsschulen, sowie auf Schulgebühren beziehen. Die bisherigen Bestimmungen wurden vereinfacht und verbessert. Die erste Neuerung bringt eine Befreiung von jährlich 200 000 Mark, die andere einen Schulgebührenausschlag von 20 000 Mark.

Zur Konstituierung der ersten deutschen Nationalversammlung wird ein deutscher Landesausschuss gebildet. Das Gesetz tritt mit dem morgigen Tage in Kraft.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen! An alle Kollegen und Kolleginnen!

Die Geschäftsleiter und Reichsbehörden haben es abgesehen, mit der Verhandlungskommission des von Euch ins Leben gerufenen Arbeitsausschusses zu verhandeln. Man will die Verhandlungen um jeden Preis beschleunigen. Der Zweck dieser Taktik ist, den im Interesse der Angestellten notwendigen organisatorischen Zusammenschluß der Angehörigen der Kriegsorganisationen, der im Arbeitsausschuss verdrängt ist, zu sprengen. Man versucht bereits, innerhalb der einzelnen Betriebe Uneinigkeit zu schaffen und Sonderverhandlungen anzubahnen, um unter Ausnutzung dieser Uneinigkeit die Durchsetzung der beschriebenen Forderungen unmöglich zu machen. Wir warnen hierdurch alle Kollegen und besonders die Angestellten-Ausschüsse der einzelnen Betriebe, auf Sonderverhandlungen irgendwelcher Art einzugehen. Aus der von den Angestellten sämtlicher Kriegsorganisationen gebildete Arbeitsausschuss ist Eure Interessenvertretung.

Verbinden und Geschäftsleiter behaupten, daß von außen Anträge in die Betriebe hineingetragen wird.

Stimmt das Kollegen? Hört Ihr Forderungen an oder nicht?

Die Antwort hierauf soll Ihr in der am Freitag, den 31. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr im Sirkus Busch stattfindenden Versammlung geben.

Er scheint in Massen — Was ist Eure Interessen?

Der Arbeitsausschuss der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen.

Achtung! Stukatoren! Kollegen! Nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern, in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in unserem Berufe die Arbeitszeit zu verkürzen, ergebnislos waren, ist es Pflicht eines jeden arbeitenden Kollegen, die Arbeitszeit von 7 Stunden strikte innezuhalten und alle Versuche der Arbeitgeber, die Arbeitszeit zu verlängern, energig zu widerstreben. Wer länger wie höchstens 7 Stunden täglich arbeitet, begeht ein Verbrechen gegen seine arbeitslosen Kollegen.

Es wird hierbei nochmals darauf hingewiesen, daß Arbeitsvermittlung nur durch unseren Arbeitsnachweis, Berlin, Rindfleischb., zulässig ist und Verträge hiergegen der Sekundarleitung sofort zu melden sind, damit dieselbe die nötigen Schritte dagegen einleiten kann. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin, Sektion der Stukateure, J. A. Carl Hoffmann.

Das Verbot des Besetzungsausschusses des Arbeiterrats nahm in einer Betriebsversammlung Stellung gegen die vom Oberkommando in den Kasernen beschlossene Lohnreduzierung für Arbeiter, sowie ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Betriebsversammlung des Besetzungsausschusses des Arbeiterrats nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Oberkommando gedachten Lohnreduzierung und erklärt von ihrem Lohn und nicht einen Pfennig abgeben zu lassen. Sie beauftragt den Arbeiter- und Betriebsrat auf dem Wege gültiger Verhandlung, alles daran zu setzen, um eine Lohnreduzierung der gedachten Art zu verhindern, sie erklärt ferner dem Anse ihrer Führer in jeder Hinsicht Folge zu leisten und eventuell das Mittel, welches geeignet, eine Lohnreduzierung zu verhindern, in Anregung zu bringen.

Groß-Berlin.

Der Streik bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Mittwoch vormittag beschäftigte sich das Einigungsamt des Berliner Gewerkegerichts mit den Differenzen zwischen der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn und deren technischem Arbeitspersonal. Nach einstündiger Beratung fällt das Einigungsamt folgenden Schlußspruch:

Bei den bisher gezahlten Löhnen an die Werkstätten-angehörigen erscheint die Forderung einer einmaligen Entschädigungszahlung nicht am Platz. Nachdem aber die Werkstätten-angehörigen eine einmalige Zahlung in Gesamthöhe von 300 000 Mark zugelangt hat, wird vorgeschlagen, diesen Betrag gleichmäßig auf das gesamte technische Personal bei der übernächsten Lohnzahlung zu verteilen. Die Arbeit wird am 30. Januar wieder aufgenommen. Von beiden Seiten, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, ist binnen 24 Stunden Mitteilung zu machen, ob der Schlußspruch angenommen wird.

Die Direktion hat den Schlußspruch bereits angenommen. Falls auch die Arbeiter ihn annehmen, dürfte der Streik erledigt sein.

Tumulte auf dem Bahnhof Lichterfelde-Df.

Auf dem Bahnhof Lichterfelde-Df. kam es gestern vormittag zu erregten Aufrufen, die in eine Schiere ausarteten. Auf dem Bahnhof sollten für den Ostzug bestimmte Truppen des Freiwilligen-Regiments Rothe verladen werden. Als die Verladung im besten Gange war, kamen einige frühere Angehörige des Freiwilligen-Regiments, die vor einigen Tagen entlassen worden waren, und störten die Arbeit. Sie versuchten, die Mannschaften zur Verweigerung ihrer Dienste zu bewegen und sie von der Fahrt nach Obersiebenbrunn abzubringen. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, die schließlich so weit gingen, daß einer der Soldaten einen Revolver zog und den Unteroffizier Vannemey durch einen Kopfschuß schwer verletzete. Die Unruhen dauerten noch den ganzen Vormittag fort. Der Bahnhof wurde absperrt. Die Truppen des Freiwilligen-Regiments hatten Verstärkung herbei, worauf die Diskussionen durch Verhandlungen beigelegt wurden.

Bedrohende Mißvernehmung.

Wie bereits gestern mitgeteilt, hat sich das Reichsausschussamt mit den Verhältnissen der Berliner Wächterinteressen beschäftigt. Der Herr Staatssekretär des Reichsausschussamts hat in gleicher Weise wie die Herrschaften Groß-Berlin die Forderungen der Interessenten für zu hoch empfunden und einen

Vermittlungsvorschlag aufgestellt, nach dem die Wächterinteressen um etwa 48 Prozent erhöht wird. Die Interessenten haben diesen Vorschlag angenommen, und auch die Herrschaften Groß-Berlin ist ihm auf Empfehlung des Herrn Staatssekretärs des Reichsausschussamts beigetreten. Der Konflikt ist daher beigelegt. Die dadurch unvermeidliche Erhöhung des Reichspreises steht unmittelbar bevor.

Nach zwanzigjähriger Tätigkeit im „Vorwärts“ entlassen.

Er hat seine Schuldigkeit getan, der 71jährige Genosse Fritz Hubell, er kann gehen. Zwanzig Jahre hat Hubell als Nachexpedient dem Vorwärtsverlag gedient. Zwanzig Jahre haben einander Nacht für Nacht von 12 bis 1 Uhr seinen Dienst an, oft aus den Veranlassungen kommend, in denen es unabweislich für die Sache gewirkt hatte. Am 20. Januar ist Hubell ohne Kündigung entlassen worden. Ueber die Gründe teilte Genosse Hubell folgendes mit: „Am Sonntag, den 6. Januar, hatte ich in Bernsdorf eine Versammlung, lehrte erst mit dem letzten Zuge zurück und hatte keine Ahnung von den Vorgängen, die sich im Laufe des Sonntags in Berlin abgespielt hatten. Am Montag, den 7. Januar, sollte ich das erste Mal nach 20 Jahren die Nachmittagsausgabe übernehmen. Als ich nachmittag 1 Uhr nach dem „Vorwärts“ kam, sah ich, was sich zugefallen hatte. Ich begab mich in meinen Expeditionsraum. Dort traf ich Herrn Schlegel, der mir als Leiter der Vorwärtsdruckerei vorstellte wurde. Ich wurde gefragt, ob ich weiter arbeiten wolle. Auf meine Frage, was für eine Stellung hier gedruckt würde, wurde mir geantwortet, daß der „Vorwärts“ gedruckt würde. Nach dieser Auskunft erklärte ich mich bereit, weiter zu arbeiten und war dort tätig bis Sonnabend, den 11. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, als die Uebergabe erfolgte. Ich werde den Tag — es war mein 71ster Geburtstag — nie vergessen. Um 6 1/2 Uhr früh erfolgte der Antritt von der Lindenstraße, zehn Minuten später von der Kolobrunnenstraße bis 10 1/2 Uhr nicht eine Minute Pause. Alle erdenklichen Geschäfte waren in Tätigkeit. Die Beladung hatte sich bis zum letzten Augenblick tapfer gehalten. Ich werde nun die Frage auf drei Monate Gehalt einreichen. Das Gehalt für Januar ist mir heute nach der Wohnung per Post zugeflossen worden.“

Die Tätigkeit Hubells im „Vorwärts“ war zwar keine politische, aber sie konnte einen Mann wie Hubell, der mit der Politik der Arbeiterpartei und der im „Vorwärts“ geführten, nach der Spaltung nie recht befreundeten; aber der Knüttel lag beim Hund. Sie wollten ihn schon lange los sein. Nun haben sie ihr Ziel erreicht! Der Kopf hat seine Schuldigkeit getan....

„Arbeiterrat.“

In der am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Plenarsitzungslokal des Herrenhauses stattfindenden Versammlung der Arbeiterräte der U. S. P. D. werden auch die in den Kommunen Groß-Berlins tätigen, auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Arbeiterräte eingeladen.

Wir ersuchen um vollzähliges Erscheinen. Die Fraktion der U. S. P. D., Arbeiterräte, gez.: Jiska.

Auflösung des Sicherheitsdienstes Groß-Berlin.

Und wird mitgeteilt: Das Ministerium des Innern hat die Auflösung des Sicherheitsdienstes in Berlin zum 28. Februar 19 in Wilmersdorf und Schöneberg zum 6. März, und in Neukölln bis zum 16. März angeordnet. Für die Ausführenden der Auflösung sind die Mannschaften und Leitung heraus ein Zentralrat aller Sicherheitsmannschaften Groß-Berlins gebildet, dessen Aufgabe es ist, für die nötige anderweitige Unterbringung der Mannschaften bzw. Ueberführung in ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu sorgen. Dessen Stellungsname in dieser Angelegenheit findet am Donnerstag, den 30. d. M., im Lehrer-Vereinshaus Alexanderplatz, mittags 2 Uhr eine Versammlung der Sicherheitsmannschaften von Groß-Berlin statt, in der Kommandant Dr. W. Franke, über die Auflösung des Sicherheitsdienstes sprechen wird.

Nachricht des Kommandeurs der Berliner Sicherheitsmannschaft, Herr Dreger, der bisherige Leiter des Sicherheitsdienstes im Polizeipräsidium Berlin, hat in einem Gesuch an den Minister und Polizeipräsidenten Eugen Ernst um die Entbindung von seinem Posten gebittet. Der Nachr. ist genehmigt worden. Differenzen mit dem Soldatenrat sollen Herrn Dreger zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Achtung! Aktionsausschüsse der Kriegsgesellschaften. Die Obliegenheiten der Aktionsausschüsse der Kriegsgesellschaften werden zu einer Plenarversammlung am Freitag, den 31. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Wilhelmshallen am Zoo eingeladen. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Gaspreis in Neukölln soll von 20 Pfennig pro Kubikmeter auf 34 Pfennig erhöht werden, der Preis für elektrischen Strom wird von 60 Pfennig auf 80 Pfennig pro Kilowattstunde (hoher Lichtpreis), von 20 auf 30 Pfennig (niedriger Lichtpreis) heraufgesetzt.

Spannung. Die Sterblichkeit des Genossen Kerg, der in der Nacht vom 16. zum 17. Januar auf der Fahrt von Spandau nach Tegel im Tegelet Forst erschossen worden ist, findet am Sonnabend nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle in Friedrichsfelde aus, statt.

„Der Arbeiterrat“ nennt sich eine neue Wochenzeitschrift, deren erste Nummer schon im Erscheinen begriffen ist. Dieses Organ wird durch belehrende Artikel und Versammlungsberichte aus dem ganzen Reich einen innigen Kontakt zwischen allen Funktionären der Arbeiterschaft herstellen und diese über die wichtigsten Ereignisse informieren. Zu beziehen ist das Blatt, das pro Exemplar 60 Pfennig kostet, im Bureau des „Arbeiterrat“, Berlin C., Burgstr. 10.

Das neue Deutschland braucht gesunde Ehen

wie solche in der sozialwissenschaftl. Studie der Frau Dr. Fischer-Düchelmann

Das Geschlechtsleben der Frau

beschrieben werden.

Mit vielen Abbildungen in Wort- und Schwarzdruck N. 5.

Gerne empfehlen wir das Lebensbuch der

Frau Trushka Baglenski

Die aufgeklärte Frau

in der vorliegenden wertvollen Wäcker auf diesem Gebiete N. 5.

Zu beziehen durch

Vogler & Co., Berlin W 9,

Köthener Straße 27, Abt. 8.

